

Solidarität wird an Gegenleistung geknüpft: zur Inklusionsbereitschaft der Deutschen gegenüber Zuwanderern

Mau, Steffen; Burkhardt, Christoph

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Mau, S., & Burkhardt, C. (2008). Solidarität wird an Gegenleistung geknüpft: zur Inklusionsbereitschaft der Deutschen gegenüber Zuwanderern. *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 39, 12-15. <https://doi.org/10.15464/isi.39.2008.12-15>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Solidarität wird an Gegenleistung geknüpft

Zur Inklusionsbereitschaft der Deutschen gegenüber Zuwanderern

Angesichts der wachsenden Bedrohung der Sozialsysteme durch die Überalterung der Gesellschaft wurde in den vergangenen Jahren verstärkt auf die Notwendigkeit von Zuwanderung hingewiesen. Allerdings kann die Integration der Migranten in die Sozialsysteme selbst Probleme aufwerfen, so zum Beispiel Finanzierungs- und Legitimationsprobleme. Dies gilt vor allem, wenn Zuwanderung bedeutet, dass Migranten überdurchschnittlich häufig von sozialstaatlicher Unterstützung abhängig sind oder wenn sie in großen Teilen der Bevölkerung vor allem als Nutznießer der Sozialsysteme angesehen werden. Daher steht die Politik vor der Aufgabe, angemessene Inklusionsstrategien für zuwandernde Gruppen zu entwickeln, um einerseits die wachsende Zahl an Zuwanderern in geeigneter Weise sozial abzusichern, zum anderen aber auch die wohlfahrtsstaatliche Leistungsfähigkeit aufrecht zu erhalten und die Solidaritätsbereitschaft der Bevölkerung nicht zu überfordern. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie die deutsche Bevölkerung auf die Inklusion der Zuwanderer in den Wohlfahrtsstaat reagiert und ob es Vorbehalte gegen eine vollständige Einbeziehung und einen gleichberechtigten Status von Ausländern gibt. Es ist durchaus denkbar, dass die Bürger im Hinblick auf die wohlfahrtsstaatliche Leistungszumessung eine Unterscheidung entsprechend des Aufenthaltsstatus oder der im Erwerbsleben geleisteten Steuern und Sozialbeiträge unterstützen. Ein gleichberechtigter Zugang zu staatlichen Leistungen könnte von der autochthonen Bevölkerung als ungerecht empfunden werden und zu wachsenden Ressentiments gegenüber Ausländern und zu einem Legitimationsverlust des Wohlfahrtsstaats führen. Daher soll in diesem Beitrag der Frage nachgegangen werden, inwiefern die deutsche Bevölkerung die Inklusion von Ausländern begrüßt und welches die Bedingungen sind, von denen die Inklusionsbereitschaft abhängt.

In einer im Auftrag der Universität Bremen durchgeführten Umfrage¹ wurde die deutsche Wohnbevölkerung (Stichprobengröße N=1000) telefonisch zu ihren Einstellungen zu aktuellen Themen sozialer Gerechtigkeit befragt. Kern des Surveys „Gerechtigkeit im Wohlfahrtsstaat“ waren Fragen zu den Pflichten, die Leistungsempfänger im Gegenzug für den Erhalt von Sozialleistungen erfüllen sollten, zur Bewertung der Folgen steigender sozialer Diversität, aber auch zur Bewertung von neuen Sicherungsmodellen zur Förderung schutzbedürftiger sozialer Gruppen. In unserem Beitrag sollen zunächst allgemeine Einstellungen gegenüber Ausländern und die Wahrnehmungen der Effekte von Zuwanderung vorgestellt werden, da diese unmittelbar mit der Frage nach der Inklusion in die Sozialsysteme im Zusammenhang stehen.² Im Hauptteil geht es um die Frage, wie die Beiträge der Zuwanderer zum Wohlfahrtsstaat eingeschätzt werden, da die Wahrnehmung der Zuwanderer als „Kostenfaktor“ verstärkte Verteilungskonflikte hervorrufen kann: Werden Ausländer hauptsächlich als diejenigen angesehen, die zur Finanzierung des Wohlfahrtsstaates beitragen, oder eher als Nutznießer und damit als Verursacher höherer Kosten? Anschließend überprüfen wir die Bereitschaft der Befragten zur Gewährung von Sozialleistungen an Zuwanderer, indem wir uns den Voraussetzungen zum Leistungserhalt für Zuwanderer zuwenden. Wie wird die Inklusion von Zuwanderern in das Sozialsystem bewertet? Gibt es eine Präferenz für eine rechtliche und soziale Gleichstellung von Zuwanderern

oder werden seitens der Befragten vielmehr Unterschiede zwischen einheimischer und „fremder“ Bevölkerung gemacht?

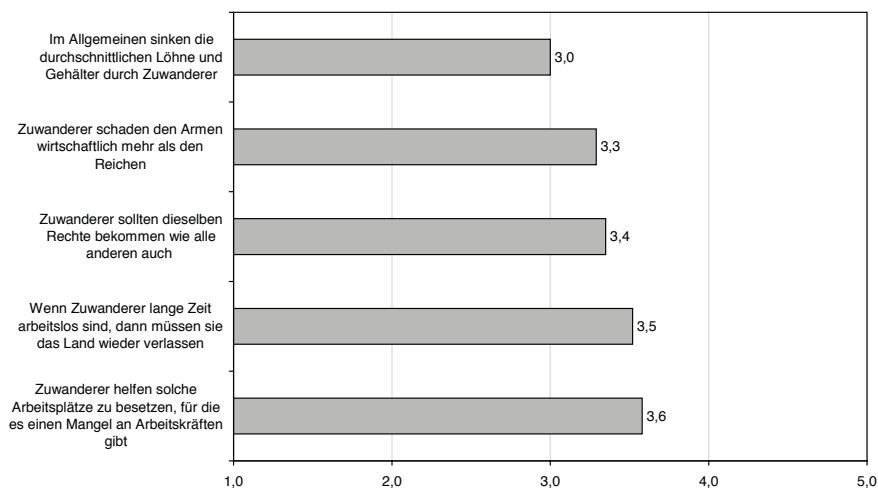
Ausländer überproportional auf staatliche Unterstützung angewiesen

Ohne Zweifel ist Deutschland ein Einwanderungsland. Der Zuwanderungsstrom nach Deutschland bewegte sich in den vergangenen Dekaden seit den sechziger Jahren auf hohem Niveau, jedoch ging die Netto-Migrationsrate

in den letzten Jahren von ca. 316.000 Menschen im Jahr 1994 auf 82.000 Zuwanderer im Jahr 2004 zurück (European Commission 2007). Der Ausländeranteil in Deutschland verbleibt aber, nicht zuletzt aufgrund des weiterhin positiven Wanderungssaldos bei der ausländischen Bevölkerung, seit Mitte der 90er Jahre nahezu konstant bei 8,8 Prozent. Mit der Zuwanderung ist auch ein Wachstum des Anteils der Ausländer verbunden, die auf die Unterstützung durch Sozialleistungen angewiesen sind: Im Jahr 2004 lag der Anteil an ausländischen Sozialhilfeempfängern in Deutschland bei 8,7 Prozent. Für die deutsche Bevölkerung wurde im selben Jahr eine Sozialhilfequote von 3,0 Prozent ausgewiesen (Statistisches Bundesamt 2006). Die Ursachen für diese unterschiedliche Abhängigkeit von staatlichen Transfers sind vor allem in strukturellen Nachteilen von Migranten am Arbeitsmarkt zu suchen, die durch Unterschiede insbesondere bezüglich Bildung und beruflicher Qualifikation, aber auch durch Formen der Diskriminierung hervorgerufen werden. In unseren Daten sind es 13,3 Prozent der Befragten mit Migrationshintergrund, die staatliche Transferleistungen wie Wohngeld, Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld erhalten, während der Anteil deutscher Sozialleistungsempfänger lediglich bei 8,8 Prozent liegt. Die verstärkte Abhängigkeit von Sozialtransfers spiegelt sich auch in den Armutsstatistiken wider. Die Armutsquote verdeutlicht die materielle Schlechterstellung der Migranten. Im Jahr 2003 lag die Armutsquote von Zuwanderern bei 23 Prozent, während im selben Zeitraum nur 14 Prozent der Deutschen als arm galten (Tucci/Wagner 2005). Gleichzeitig muss man sagen, dass Ausländer in vielen Sozialsystemen deutlich weniger Ansprüche geltend machen können als die Gruppe der Deutschen und sich größeren Schwierigkeiten bei der Durchsetzung eigener Anspruchsrechte gegenübersehen.

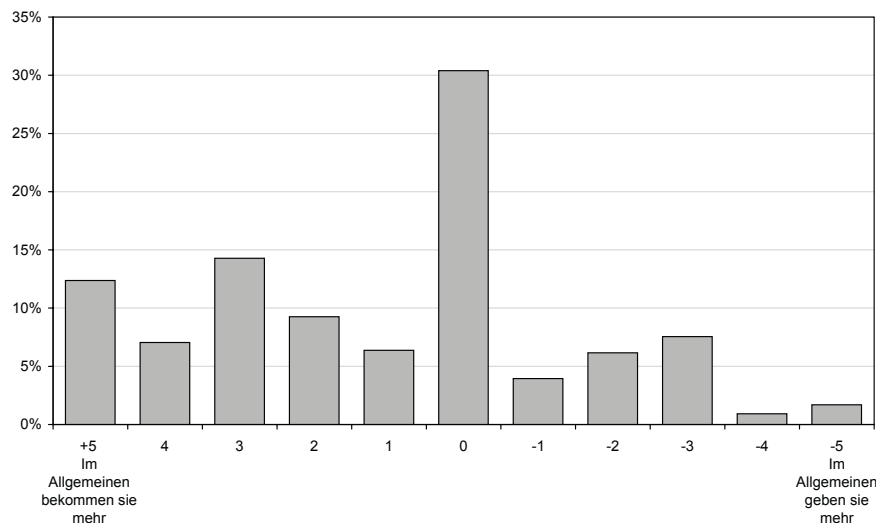
Es stellt sich die Frage, ob die deutsche Bevölkerung als Reaktion auf die Nachfrage von Sozialleistungen durch Zuwanderer zunehmend

Grafik 1: Einstellungen gegenüber Zuwanderern, 2007



Mittelwerte auf einer 5er-Skala, 1 = stimme überhaupt nicht zu, 5 = stimme voll und ganz zu.

Datenbasis: Survey Gerechtigkeit im Wohlfahrtsstaat 2007, gewichtete Daten

Grafik 2: Bewertung des Beitrags der Zuwanderer zur Finanzierung des Sozialsystems, 2007

Frage-Text: „Die meisten Zuwanderer, die hierher kommen, arbeiten und zahlen Steuern. Sie nehmen außerdem das Gesundheitssystem und Sozialleistungen in Anspruch. Wenn Sie abwägen, denken Sie, dass Zuwanderer mehr bekommen als sie geben, oder mehr geben, als sie bekommen?“ +5 = im Allgemeinen bekommen sie mehr, -5 = im Allgemeinen geben sie mehr.

Datenbasis: Survey Gerechtigkeit im Wohlfahrtsstaat 2007, gewichtete Daten

dass Zuwanderer den Armen wirtschaftlich mehr schaden als den Reichen. Zudem wird die Ausreisepflicht für langzeitarbeitslose Zuwanderer relativ stark befürwortet. Als mögliche Erklärung hierfür können Ängste um drohende wirtschaftliche und materielle Verluste angeführt werden, so durch zusätzliche Kosten, die die Allgemeinheit zur Unterstützung dieser Gruppen tragen muss. Der Blick auf Zuwanderung ist immer dann positiv, wenn diese die wirtschaftliche Dynamik ankurbelt oder wenn Ausländer ungeliebte Jobs annehmen. Sind sie auf Unterstützung angewiesen, wie bei lang anhaltender Arbeitslosigkeit, schwindet die positive Haltung.

Beitrag der Ausländer zur Finanzierung des Sozialstaates wird als zu gering angesehen

Es steht zu vermuten, dass die Bereitschaft den Ausländern soziale Rechte zuzugestehen eng mit der Wahrnehmung des möglichen Nutzens und der Folgen dieser Inklusion verknüpft ist. Im Hinblick auf die wohlfahrtsstaatliche Inklusion interessiert uns, ob die Zuwanderer vor allem als Kostenfaktor des Wohlfahrtsstaates angesehen werden. Wir haben daher die Frage gestellt, wie die Bilanz des Beitrags von Ausländern zum Wohlfahrtsstaat bewertet wird. Damit erhalten wir Auskunft darüber, ob die Ausländer in der Wahrnehmung der Bevölkerung als Nettozahler oder Nettoempfänger wohlfahrtsstaatlicher Leistungen angesehen werden, ob sie also mehr Beiträge leisten als Leistungen in Anspruch zu nehmen oder umgekehrt. Ein Großteil der Befragten ist der Überzeugung, dass Zuwanderer eher als Nettoempfänger von wohlfahrtsstaatlichen Leistungen anzusehen sind (Grafik 2). Nahezu die Hälfte der deutschen Bevölkerung ohne Migrationshintergrund vertritt die Ansicht, dass Zuwanderer mehr aus dem Sozialsystem entnehmen, als sie zu dessen Finanzierung beitragen (bei Zusammenfassung der Antwortkategorien +5 bis +1). Zudem sieht lediglich ein Fünftel der Bevölkerung den Beitrag von Zuwanderern zur Finanzierung des Wohlfahrtsstaates als höher an als die Kosten, die durch in Anspruch genommene Leistungen entstehen (Zusammenfassung der Kategorien -1 bis -5). Knapp ein Drittel der Bevölkerung kann keine Über- oder Unterfinanzierung des Wohlfahrtsstaates durch die Zuwanderer erkennen.

Werden die Ergebnisse für die Frage nach der wohlfahrtsstaatlichen Zahlungsbilanz nun unter Berücksichtigung des soziodemografischen Hintergrunds der Befragten ausgewertet, so zeigen sich deutliche Gruppenunterschiede (Grafik 3). Im Hinblick auf das Alter fallen insbesondere die über 60-Jährigen und Befragte im Alter von 30 bis unter 45 Jahren mit einer negativen Bewertung des Beitrags von Ausländern auf. Für beide Gruppen lässt sich ein ähnlicher Mittelwert feststellen und damit gleichzeitig auch ein Überwiegen der Auffassung, dass Ausländer dem Sozialsystem mehr Kosten als Nutzen bringen. Bezüglich

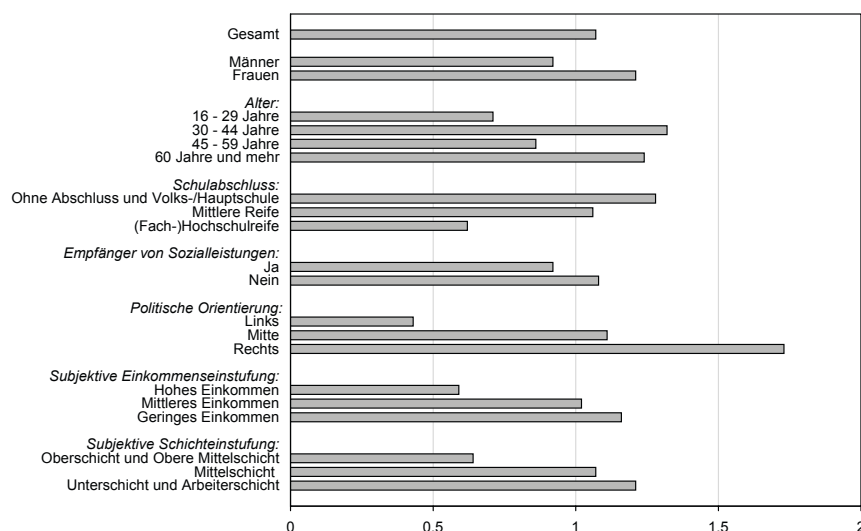
negative Einstellungen gegenüber Migranten an den Tag legt. Eine Vielzahl wissenschaftlicher Arbeiten hat darauf verwiesen, dass mit steigendem Ausländeranteil der Wettbewerbswettbewerb zwischen unterschiedlichen Gruppen steigt und sich Ressentiments ausbreiten können, die auch dem Wohlfahrtsstaat Unterstützung entziehen (vgl. u.a. Alesina/Glaeser 2004). Um die mögliche Spannung zwischen wohlfahrtsstaatlicher Solidarität und Zuwanderung aufzuzeigen, kann man sich auch auf die umfangreiche Forschung zu Vorurteilen und Ausländerfeindlichkeit berufen. So ist belegt worden, dass es eine allgemeine Tendenz zur Ingroup-Bevorzugung gibt, weil Menschen dazu neigen, eher der eigenen Gruppe bzw. als gleich wahrgenommenen Personen bestimmte Rechte und Ansprüche zuzugestehen als Gruppen, die als fremd angesehen werden. Wie eine Reihe von Studien belegen konnte, unterliegt die Akzeptanz von Ausländern und das Ausmaß der ihnen zugestandenen Rechte maßgeblich auch der gefühlten Bedrohung, die von der Anwesenheit von ethnischen Minderheiten ausgeht (Scheepers et al. 2002; Rajman et al. 2003). Privilegierungen der eigenen und die Abwertung der Ansprüche fremder Gruppen finden sich in vielen Lebensbereichen, in denen ein Wettbewerb um knappe Güter stattfindet, sei es nun real oder in der sozialen Wahrnehmung. Die Verteilungsinstitutionen des Wohlfahrtsstaates, die kollektive Güter für soziale Bedarfs- und Risikolagen bereitstellen, sind natürlich prädestiniert, Gruppenkonflikte hervorzurufen. Zuwanderung in diese Systeme stellt eine Erweiterung des Kreises der Nutznießer dar und scheint besonders dann ein Problem aufzuwerfen, wenn es eine tatsächliche oder angenommene Umverteilung zwischen den unterschiedlichen Gruppen gibt. Das ist besonders problematisch, wenn damit auch die Legitimation des umvertei-

lenden Wohlfahrtsstaates insgesamt in Frage gestellt wird. Ein möglicher positiver Effekt durch die Inklusion von Zuwanderern in den Wohlfahrtsstaat, sei es im Hinblick auf die demografische Entwicklung oder Fragen der Finanzierung, könnte daher durch negative Ressentiments und Vorbehalte seitens der deutschen Bevölkerung, die dann auch die öffentliche Unterstützung des Wohlfahrtsstaates unterminieren, aufgehoben werden.

Rechtliche Gleichstellung von Ausländern wird befürwortet

Bei Betrachtung der Skalenmittelwerte für die Fragen zu allgemeinen Einstellungen gegenüber Ausländern wird deutlich, dass die Deutschen die vollständige rechtliche Gleichstellung von Zuwanderern eher befürworten als ablehnen (Grafik 1). Für die hier interessierende Frage nach der wohlfahrtsstaatlichen Inklusion bedeutet das, dass es durchaus Unterstützung für einen gleichberechtigten Status gibt. Zudem sind die Befragten offensichtlich davon überzeugt, dass Zuwanderer einen positiven Effekt auf den Arbeitsmarkt haben, indem sie Tätigkeiten übernehmen, die von Deutschen abgelehnt werden oder für die kein ausreichendes Arbeitsangebot besteht. Konkret sind die Befragten der Meinung, dass Zuwanderer dabei helfen Arbeitsplätze zu besetzen, bei denen ein Mangel an Arbeitskräften besteht. Die Frage nach einem Druck auf Löhne und Gehälter durch Zuwanderung findet keine breite Zustimmung, denn die Befragten sind eher nicht davon überzeugt, dass Ausländer negativen Einfluss auf die Durchschnittslöhne ausüben. Die befragten Personen reagieren somit zwar zurückhaltend, aber doch tendenziell positiv auf Zuwanderung. Allerdings ist die deutsche Bevölkerung unserer Umfrage zufolge auch der Ansicht,

Grafik 3: Bewertung des Beitrags der Zuwanderer zur Finanzierung des Sozialsystems nach soziodemografischen Merkmalen, 2007



Empfänger von Sozialleistungen umfasst Wohngeld, Sozialhilfe, Arbeitslosengeld I & II. Politische Orientierung beruht auf Selbsteinschätzung auf der Rechts-Links-Skala: Rechts = Skalenwerte 7-10, Mitte = Skalenwerte 4-6, Links = Skalenwerte 0-3.

Datenbasis: Survey Gerechtigkeit im Wohlfahrtsstaat 2007, gewichtete Daten

des Bildungsniveaus sehen vor allem Befragte ohne Schulabschluss und mit Hauptschulabschluss Ausländer als Nettoempfänger von wohlfahrtsstaatlichen Leistungen an. Die Befragten dieser Gruppe sind eher der Ansicht, dass Zuwanderer mehr aus dem Sozialsystem entnehmen als sie ihrerseits zu dessen Finanzierung beitragen. Bei den Personen mit (Fach-)Hochschulreife ist diese Ansicht weniger stark ausgeprägt. Interessanterweise spielt die Tatsache, ob die Befragten selbst Sozialleistungen wie Wohngeld, Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld in Anspruch nehmen, eine untergeordnete Rolle bei der Frage, ob Ausländer eher als Nettozahler oder als Nettoempfänger von Sozialleistungen angesehen werden. Entgegen unserer Erwartungen bewerten Bezieher von Sozialleistungen den Beitrag von Zuwanderern allerdings positiver als jene, die von uns nicht zu den Sozialleistungsempfängern gezählt werden. Hinsichtlich der politischen Orientierung ergeben sich allerdings deutliche Mittelwertsunterschiede. Personen, die sich politisch als „links“ einstufen, sehen die wohlfahrtsstaatliche Bilanz von Ausländern weniger negativ als Befragte, die ihre politische Ausrichtung als „Mitte“ oder „rechts“ beschreiben. Zudem zeigt sich, dass vor allem jener Anteil der Befragten, der zu den gesellschaftlichen Gewinnern zu zählen ist, Ausländer seltener als Nettoempfänger ansieht. Zwar halten auch Personen mit hohem Einkommen und jene, die sich zur gesellschaftlichen Oberschicht bzw. zur oberen Mittelschicht zählen, Ausländer insgesamt betrachtet für Nettoempfänger. Im Vergleich der Mittelwerte mit Geringverdienern und Angehörigen der unteren Schichten sind diese der wohlfahrtsstaatlichen Bilanz von Zuwanderern gegenüber jedoch weniger kritisch eingestellt. Diese schichtspezifischen Unterschiede können als Hinweis auf stärkere Abgrenzungsbe-

strebungen in den unteren gesellschaftlichen Schichten verstanden werden. Maßgeblich verantwortlich dafür dürfte die Wahrnehmung von Zuwanderern als Bedrohung und direkte Konkurrenz sein.

Sozialleistungen für Ausländer werden an Gegenleistungen geknüpft

Wenden wir uns nun der Frage zu, inwieweit die Zustimmung zur wohlfahrtsstaatlichen Inklusion vom Aufenthaltsstatus der Ausländer und ihren geleisteten Beiträgen bestimmt ist. Dabei wird die Beurteilung der Zugangsvoraussetzungen zum Wohlfahrtsstaat an sich betrachtet und keine weitere Differenzierung anhand der einzelnen sozialen Sicherungssysteme vorgenommen. Es geht vielmehr um die allgemeinen statusmäßigen Voraussetzungen zum Leistungserhalt bei Zuwanderern, auch wenn diese sich in der Praxis zwischen den einzelnen Systemen deutlich unterscheiden können. Die Bedingungen reichen von der Befürwortung einer uneingeschränkten Inklusion in das System der sozialen Sicherung ohne Vorleistungen und Vorbedingungen bis zum totalen Ausschluss von Personen, die nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. Die Frage, ob wohlfahrtsstaatliche Leistungen ausschließlich deutschen Staatsbürgern vorbehalten sein sollten, findet vergleichsweise wenig Zustimmung (Tabelle 1). Weitaus deutlicher ist die Zustimmung hingegen bei der Frage nach bedingungsloser Inklusion von Zuwanderern in das deutsche Sozialsystem. Wird nun allerdings als notwendige Bedingung zum Leistungserhalt die Beteiligung an der Finanzierung des Wohlfahrtsstaates genannt, so fällt die Zustimmung noch stärker aus. Offenbar sind die Befragten am ehesten bereit, die in Deutschland lebenden Ausländer an den Leistungen des Wohlfahrtsstaates gleichberechtigt zu beteiligen, wenn

sie das Gefühl haben, dass diese Gruppen auch Finanzierungslasten tragen. Bei der Betrachtung nach soziodemografischen Merkmalen fällt auf, dass Frauen geringfügig häufiger die Leistungen für Zuwanderer einschränken oder an Bedingungen knüpfen wollen. Beim Vergleich der Altersgruppen wird ersichtlich, dass sich vor allem ältere Menschen für eine zurückhaltende Inklusion aussprechen. Die Zustimmung der über 60-Jährigen zu einer Beschränkung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen auf deutsche Staatsbürger ist vergleichsweise hoch, während sie in der Gruppe der 45-59-Jährigen am geringsten ausfällt. Gleichzeitig ist die Zustimmung der Befragten im Alter über 60 Jahren für die Koppelung der Sozialleistungen an finanzielle Beiträge als Gegenleistung sehr hoch. Die deutsche Bevölkerung ist in ihrer Lebensmitte ganz offensichtlich eher bereit, Ausländern den Zugang zu Sozialleistungen zu erleichtern. Befragte mit höherer Bildung sind gleichfalls eher bereit, den Ausländern gleiche Wohlfahrtsrechte zuzubilligen. Je höher der Bildungsgrad der Befragten, desto weniger werden Einschränkungen für Ausländer unterstützt. Augenscheinlich nimmt das Ausgrenzungsbestreben mit steigendem Bildungsniveau ab, während die Unterstützung einer besseren Inklusion ethnischer Minderheiten zunimmt. Ähnliches gilt für die politische Orientierung als Differenzierungskriterium. Die Bereitschaft zur Inklusion von Zuwanderern ist bei Befragten mit linker politischer Orientierung größer als bei den anderen Gruppen.

Bei den Transferempfängern in unserer Befragtengruppe zeigt sich gegenüber der übrigen Bevölkerung eine vergleichsweise negative Haltung gegenüber der Ausländerinklusion, und dies obwohl keine negativere Bewertung der Zahlungsbilanz der Ausländer seitens der Transferempfänger vorliegt. Verglichen mit der übrigen Bevölkerung befürworten die Sozialleistungsempfänger stärker eine Beschränkung der Sozialleistungen auf deutsche Staatsbürger. Analoge Ergebnisse zeigen auch die Daten für Geringverdiener und Angehörige der Unter- und Arbeiterschicht. Es kann vermutet werden, dass sich Angehörige der unteren gesellschaftlichen Schichten, wie Geringverdiener und Transferempfänger, als finanziell benachteiligte Gruppen in starker Konkurrenz zu Zuwanderern sehen und daher Normen der Reziprozität, in Form eigener geleisteter Beiträge, betonen oder schlicht für eine generelle Bevorzugung deutscher Staatsbürger sind. Die Tatsache, dass diese Gruppen die Ausweitung der Sozialleistungen auf alle Bevölkerungsteile stark befürworten – unabhängig von zuvor geleisteten Beiträgen oder dem Aufenthaltsstatus – kann daher wahrscheinlich eher als Zustimmung zum in dieser Frage angesprochenen universalistischen wohlfahrtsstaatlichen Versorgungsprinzip gewertet werden denn als generelle Zustimmung zur Inklusion von Zuwanderern. Die Zustimmung ist hier vermutlich höher, da die Frageformulierung eine Entkoppelung der Sozialleistungen von zuvor geleisteten Beiträgen des Einzelnen beinhaltet.

Tabelle 1: Beurteilung der Voraussetzungen für Zuwanderer zum Erhalt von Sozialleistungen

	Sozialstaatliche Leistungen für alle	Sozialstaatliche Leistungen nur an Zuwanderer, die sich an der Finanzierung des Sozialstaats beteiligen	Sozialstaatliche Leistungen ausschließlich für deutsche Staatsbürger
Gesamt	3,4	3,9	2,2
Frauen	3,5	4,0	2,3
Männer	3,4	3,8	2,1
<i>Alter:</i>			
16 - 29 Jahre	3,7	3,8	2,2
30 - 44 Jahre	3,3	3,8	2,2
45 - 59 Jahre	3,2	3,8	2,0
60 Jahre und mehr	3,6	4,2	2,4
<i>Schulabschluss:</i>			
Ohne Schulabschluss bzw. Volks-/ Hauptschule	3,4	4,0	2,5
Mittlere Reife	3,3	3,9	2,2
(Fach-)Hochschulreife	3,4	3,6	1,7
<i>Empfänger von Sozialleistungen:</i>			
Ja	3,5	4,1	2,5
Nein	3,4	3,9	2,2
<i>Politische Orientierung:</i>			
Rechts	3,1	4,0	2,9
Mitte	3,3	3,9	2,2
Links	3,7	3,8	2,0
<i>Subjektive Einkommenseinstufung:</i>			
Geringes Einkommen	3,5	3,9	2,4
Mittleres Einkommen	3,3	3,9	2,2
Hohes Einkommen	3,5	3,7	1,8
<i>Subjektive Schichteinstufung:</i>			
Unterschicht und Arbeiterschicht	3,5	3,9	2,4
Mittelschicht	3,4	3,9	2,1
Obere Mittelschicht und Oberschicht	3,3	3,8	1,7

Indikator 1: „Sozialstaatliche Leistungen sollten allen Menschen zukommen, die in Deutschland leben, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft oder zuvor gezahlten Steuern und Beiträgen.“ Indikator 2: „Sozialstaatliche Leistungen an Zuwanderer, die in Deutschland leben, sollten auf jene beschränkt werden, die sich an der Finanzierung des Sozialstaats beteiligen.“ Indikator 3: „Sozialstaatliche Leistungen sollten ausschließlich deutschen Staatsbürgern vorbehalten sein.“ Mittelwerte auf einer 5er-Skala, 1 = stimme überhaupt nicht zu, 5 = stimme voll und ganz zu.

Empfänger von Sozialleistungen umfasst Wohngeld, Sozialhilfe, Arbeitslosengeld I & II. Politische Orientierung beruht auf Selbsteinschätzung auf der Rechts-Links-Skala: Rechts = Skalenwerte 7-10, Mitte = Skalenwerte 4-6, Links = Skalenwerte 0-3.

Datenbasis: Survey Gerechtigkeit im Wohlfahrtsstaat 2007, gewichtete Daten

reitschaft zur Inklusion und zur Gewährung gleicher Sozialleistungen würde daher eine positivere Gewichtung des Eigenbeitrags der Ausländer seitens der Deutschen voraussetzen. Dieses ist aber nicht nur von tatsächlichen Zahlungsbilanzen der Gruppe der Ausländer abhängig, sondern auch von öffentlichen Diskursen, die einen Einfluss auf die Wahrnehmungen der Bevölkerung haben.

- 1 Die hier präsentierten Forschungsergebnisse sind aus dem Projekt „Shifting Paradigms of Social Justice“ der Universität Bremen hervorgegangen. Das Projekt wird durch die Anglo-German Foundation finanziert und ist Teil ihrer Forschungsinitiative „Creating Sustainable Growth in Europe“.
- 2 Für die Analysen haben wir Personen mit Migrationshintergrund aus der Analyse ausgeschlossen, da ihre Einbeziehung zu einer Verzerrung der Ergebnisse führen könnte. Als entsprechender Indikator diene uns hier die Frage nach der Muttersprache der beiden Elternteile der Befragten sowie des Befragten selbst. Das Ausschlusskriterium war dabei die Zustimmung zur Frage, ob mindestens einer der beiden Elternteile oder aber die befragte Person eine andere Muttersprache als die deutsche spricht (Mehrfachnennungen waren möglich).

Alesina, Alberto, Glaeser, Edward L., 2004: Fighting Poverty in the US and Europe. A World of Difference. Oxford: Oxford University Press.

European Commission, 2007: Europe in Figures. Eurostat yearbook 2006-07. Luxembourg: Office for Official Publications of the European Communities.

Raijman, Rebeca, Semyonov, Moshe, Schmidt, Peter, 2003: Do Foreigners Deserve Rights? Determinants of Public Views Towards Foreigners in Germany and Israel. European Sociological Review 19 (4): 379-392.

Scheepers, Peer, Gijsberts, Mérove, Coenders, Marcel, 2002: Ethnic Exclusionism in European Countries. Public Opposition to Civil Rights for Legal Migrants as a Response to Perceived Ethnic Threat. European Sociological Review 18 (1): 17-34.

Statistisches Bundesamt, 2006: Strukturdaten zur Migration in Deutschland 2004. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Tucci, Ingrid, Wagner, Gert G., 2005: Einkommensarmut bei Zuwanderern überdurchschnittlich gestiegen. Armut häufig mit Unterversorgung in anderen Lebensbereichen gekoppelt. DIW Wochenbericht 72 (5): 79-86.

■ **Steffen Mau und Christoph Burkhardt, Bremen International Graduate School of Social Sciences (BIGSSS), Universität Bremen**

Tel. 0421 / 218-4131 und -4161

smau@gsss.uni-bremen.de

burkhardt@gsss.uni-bremen.de

Wie in diesem Beitrag deutlich wurde, sind die Einstellungen gegenüber Zuwanderern und deren Einbeziehung in den Wohlfahrtsstaat durchaus gemischt. So gibt es eine breite Inklusionsbereitschaft in der Bevölkerung. Eine rechtliche Gleichstellung von Ausländern wird beispielsweise mehrheitlich befürwortet. Andererseits wird die Anwesenheit von Zuwanderern nicht durchweg positiv bewertet und die Bilanzierung des Beitrags von Zuwanderern fällt eher negativ aus. Zuwanderer werden von einem großen Teil der Befragten als Nettoempfänger wohlfahrtsstaatlicher Leistungen angesehen. Dementsprechend werden vielfach Bedingungen an die Gewährung von Wohlfahrtsrechten geknüpft. Zwar wird eine Beschränkung der Sozialleistungen auf deutsche Staatsbürger mehrheitlich abgelehnt, eine

Knüpfung der Berechtigung zum Leistungserhalt an die Bereitschaft zur Beteiligung an der Finanzierung des wohlfahrtsstaatlichen Systems wird von weiten Teilen der Bevölkerung allerdings befürwortet. Eingangs haben wir die Frage nach den Wirkungen von Migration auf die Solidaritätsbereitschaften im Wohlfahrtsstaat aufgeworfen. Gibt es eine Bereitschaft, die Einbeziehung der Zuwanderer in die sozialen Sicherungssysteme zu unterstützen, oder entstehen dadurch neuartige Legitimationsprobleme? Wie wir sehen konnten, differenzieren die Befragten durchaus in ihren Einstellungen gegenüber Zuwanderern. Dabei wird deutlich, dass eine Inklusion nur vor dem Hintergrund einer als ausreichend angesehenen finanziellen (oder produktiven) Gegenleistung seitens der Ausländer unterstützt wird. Eine höhere Be-